



Vorlage Nr. 18-O-09-0018

Tagesordnungspunkt 3

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden-Breckenheim am 20. November 2018

Vorfahrt für Wohnbauflächen

Antrag der CDU-Fraktion

Der Ortsbeirat hat mit Beschluss Nr. 0025 vom 14.08.2018 den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden gebeten zu berichten, welche Planungen bisher für das freiwerdende aktuelle Schulgrundstück vorliegen. Offensichtlich wurde der gesamte Antragstext als Grundlage zur vorliegenden Stellungnahme des Magistrats vom 05.10.2018 herangezogen, obwohl lediglich der erste Absatz des Antrages beschlossen (Sachstandsanfrage) und der Antrag im Übrigen nicht zur Abstimmung gebracht wurde.

Ergänzend zu diesem Antrag wird auf den einstimmigen Beschluss des Ortsbeirates Nr. 0039 vom 06.10.2009 verwiesen, welcher 100 Wohneinheiten innerhalb von zehn Jahren zum Ziel hatte. Hiervon sind leider erst rund 50 % erreicht worden, weshalb bei jeglichen möglichen Neubaumaßnahmen auf die Erreichung dieses Zieles geachtet werden muss. Die in der Siedlungsentwicklungsstudie vom 01.09.2009 aufgeführten Bauflächen werden hierzu nicht ausreichen, weshalb das Schulgelände für die Erreichung dieses Zieles hervorragend geeignet ist, da es die Voraussetzungen für Bauland nach § 34 BauGB erfüllt.

Der Ortsbeirat möge daher beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zur Kenntnis zu nehmen, dass

- es derzeit keine Initiative des Ortsbeirates dahingehend gibt, das freiwerdende Schulgrundstück für geförderte Wohnprojekte und soziale Einrichtungen zu entwickeln
- aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung die Schaffung von Wohnraum für junge Familien unter Beibehaltung des dörflichen Charakters (Umgebungsbebauung) und des sozialen Gefüges zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Infrastruktur aus Sicht des Ortsbeirates oberste Priorität hat
- die Möglichkeit, für die Vergabe des öffentlichen Grundstücks unter Beteiligung des Ortsbeirates inhaltliche Kriterien zu definieren, begrüßt wird.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird ferner gebeten zu prüfen, inwieweit neben der Bebauung des freiwerdenden Grundstücks in der Ortsmitte die moderate Ortsrandbebauung forciert werden kann, um die Fertigstellung der dringend benötigten weiteren ca. 50 Wohneinheiten innerhalb der kommenden fünf Jahre zu realisieren.

Beschluss Nr. 0036

Antrag der CDU-Fraktion in geänderter Form beschlossen

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten zur Kenntnis zu nehmen, dass

- es derzeit keinen Beschluss des Ortsbeirates dahingehend gibt, das freiwerdende Schulgrundstück für geförderte Wohnprojekte und soziale Einrichtungen zu entwickeln
- aufgrund der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung die Schaffung von Wohnraum für junge Familien unter Beibehaltung des dörflichen Charakters (Umgebungsbebauung) und des sozialen Gefüges zur Aufrechterhaltung der vorhandenen Infrastruktur aus Sicht des Ortsbeirates oberste Priorität hat
- die Möglichkeit, für die Vergabe des öffentlichen Grundstücks unter Beteiligung des Ortsbeirates inhaltliche Kriterien zu definieren, begrüßt wird.

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird ferner gebeten zu prüfen, inwieweit neben der Bebauung des freiwerdenden Grundstücks in der Ortsmitte die moderate Ortsrandbebauung forciert werden kann, um die Fertigstellung der dringend benötigten weiteren ca. 50 Wohneinheiten innerhalb der kommenden fünf Jahre zu realisieren.

+

+

Verteiler:

Dez. IV z.w.V.

Scharf
Ortsvorsteher